E&M daily
DIE TAGESZEITUNG FÜR DEN ENERGIEMARKT

★★★ DAS WICHTIGSTE VOM TAGE AUF EINEN BLICK ★★★

STROM

146,25 €/MWh

Epex Spot DE-LU Day Base

GAS

85,77 €/MWh

EEX Spot THE (End of Day)

ZAHL DES TAGES

500

MW Leistung hat ein Batteriespeicher, der in Brandenburg entstehen soll. Die Inbetriebnahme ist für 2029 geplant.

EUROPAEISCHE UNION
Ausweitung des Industriestrompreises genehmigt

WASSERSTOFF
BDEW sieht weitere Unsicherheit beim Hochlauf

IT
Cyberangriffe gefährden die Resilienz der Energiesysteme

Inhalt

TOP-THEMA
→ **SMART METER:** Octopus-Tochter übernimmt Rollout in Wunsiedel

POLITIK & RECHT
→ **EUROPAEISCHE UNION:** Ausweitung des Industriestrompreises genehmigt
→ **BIOGAS:** Biogasbranche fordert rasche Entscheidungen zu EEG
→ **ELEKTROFAHRZEUGE:** Hohe Nachfrage bei Förderprogrammen für E-Mobilität
→ **STATISTIK DES TAGES:** Umsatz von Uniper in den Jahren 2015 bis 2025

HANDEL & MARKT
→ **WASSERSTOFF:** BDEW sieht weitere Unsicherheit beim Hochlauf
→ **STROMNETZ:** Verteilnetzbetreiber verschenken Spitzenkappung
→ **MOBILITÄT:** Deutschland bei neuen E-Lkw weit vorn
→ **H2-PREISINDEX:** Gestehungskosten schwanken weiterhin stark

TECHNIK
→ **IT:** Cyberangriffe gefährden die Resilienz der Energiesysteme
→ **IT:** Transnet BW-App jetzt auch im EWE-Netz verfügbar
→ **E-MOBILITÄT:** Laden für E-Lkw und Busse an der A8
→ **STROMNETZ:** 500-MW-Speicher in Brandenburg geplant

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

UNTERNEHMEN

→ **CONTRACTING:** Einhundert Energie baut Wärmegeschäft weiter aus
→ **PERSONALIE:** Potsdamer Netzgesellschaft braucht neue Führung
→ **STADTWERKE:** Stadtwerke Rostock und Danpower schließen Wärmeliefervertrag
→ **BATTERIEGROSSSPEICHER:** Netzanschluss für Großspeicher Stadorf geregelt

MARKTBERICHTE

→ **MARKTKOMMENTAR:** Mehr Wind drückt kurzfristige Strompreise

SERVICE

→ **ENERGIEDATEN**
→ **STELLENANZEIGEN**
→ **REDAKTION**
→ **IMPRESSUM**

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

★ TOP-THEMA

Octopus-Tochter übernimmt Rollout in Wunsiedel



Quelle: Shutterstock / Shcherbakov Ilya

SMART METER. Kooperationen sollen den Smart Meter Rollout beschleunigen. Dies empfiehlt nicht nur die Bundesnetzagentur. Die Stadtwerke Wunsiedel arbeiten nun mit Energy Metering.

Eine Kooperation der besonderen Art haben Energy Metering und die Stadtwerke Wunsiedel im Umfeld der diesjährigen Metering Days in Fulda bekannt gegeben. Der wettbewerbliche Messstellenbetreiber, eine Tochtergesellschaft des Energieanbieters Octopus, übernimmt für den kommunalen Energieversorger und grundzuständigen Messstellenbetreiber aus Nordbayern den operativen Smart Meter Rollout. Dazu gehören die Beschaffung der Geräte, die Installation, die Wartung und der Betrieb der intelligenten Messsysteme – inklusive der Risiken, wie es in einer gemeinsamen Mitteilung der Partner heißt. Auch die Marktkommunikation sowie die Abrechnung der Messentgelte fallen in den Aufgabenbereich von Energy Metering.

Die Kooperation erstreckt sich auf das Versorgungsgebiet der Stadtwerke sowie das Netzgebiet Bad Weißenstadt. Dahinter stehen rund 14.000 Messstellen. Während die Stadtwerke Wunsiedel ihre regulatorische Grundzuständigkeit behalten, und damit beispielsweise auch für die Erfüllung der Pflichteinbauquoten nach dem Messstellenbetriebsgesetz, trage Energy Metering sämtliche Investitions- und Betriebsrisiken.

Laut den Daten aus der jüngsten Erhebung der Bundesnetzagentur über den Stand des Smart Meter Rollouts hatten die Stadtwerke Wunsiedel zum Stichtag 30. Juni 2026 eine Quote beim Pflicht-Rollout von 14,9 Prozent erreicht.

Mit der Bekanntgabe der Kooperation kündigte die Octopus-Tochter an, alle Pflichteinbaufälle innerhalb von vier Monaten abzuarbeiten. Ab dem 1. Januar 2027 sollen die Installationen beginnen. „Mit der Partnerschaft erschließt Energy Metering ein neues Geschäftsfeld und bietet Stadtwerken eine Lösung, um den gesetzlich vorgeschriebenen Smart-Meter-Rollout unter der Marktpartner-ID des Stadtwerks ohne eigene Investitionen und zusätzliche operative Belastungen umzusetzen“, heißt es wörtlich in der Mitteilung.

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Bundesnetzagentur empfiehlt Kooperationen

Insbesondere kleinere Stadtwerke beziehungsweise grundzuständige Messstellenbetreiber hatten mit der bis zum 31. Dezember 2025 gesetzlich geforderten Einbauquote von 20 Prozent der Pflichteinbaufälle zu kämpfen. Da bereits im vergangenen Jahr nach mehreren Erhebungen der Bundesnetzagentur abzusehen war, dass viele Unternehmen die Vorgabe nicht erfüllen würden, rieten sowohl das Bundeswirtschaftsministerium als auch die Bundesnetzagentur nachdrücklich zu Kooperationen, um Ressourcen zu bündeln und den Rollout zu beschleunigen (wir berichteten).

Wie Jan-Peter Sasse, Leiter des Referats Elektrizitätsverteilernetze und E-Mobilität der Bundesnetzagentur, bei den diesjährigen ZVEI Metering Days in Fulda berichtete, habe allerdings nur eine relativ geringe Zahl von Unternehmen bisher die Möglichkeit genutzt, die Rollout-Quote gemeinsam auf Grundlage von Kooperationsverbünden zu erfüllen. Im Messstellenbetriebsgesetz war dafür eigens eine rechtliche Grundlage geschaffen worden. „Es haben einige kooperiert. Aber die Anzahl ist wirklich gering“, so Sasse in Fulda. Dies sei durchaus überraschend. Das Gesetz erlaube ausdrücklich, dass grundzuständige Messstellenbetreiber miteinander kooperieren. Es sei außerdem möglich, dass grundzuständige Messstellenbetreiber auch Dienstleister in Anspruch nehmen. Vor diesem Hintergrund wundere es ihn, dass Messstellenbetreiber offenbar ein Zwangsgeld (wir berichteten) für das Verfehlen der Rollout-Quote in Kauf nehmen, anstatt sich mit anderen zusammenzuschließen.

„Der Smart-Meter-Rollout darf nicht daran scheitern, dass kleinere Stadtwerke die notwendigen Investitionen und den technischen Aufwand allein stemmen müssen“, sagte Fabian Maleitzke, Director Smart Metering bei Energy Metering.

Energy Metering positioniert sich als Komplettanbieter für intelligentes Messwesen und möchte mit seinem Betriebsführungsmodell weitere Stadtwerke ansprechen, die damit nicht in zusätzliche Technik, Personal und Prozesse investieren müssten. Die Octopus-Tochtergesellschaft greift nach eigenen Angaben dabei auf eigene Installations- und Betriebskapazitäten zurück. Das Unternehmen beschäftigt derzeit 85 Mitarbeitende, darunter 36 bundesweit tätige Installateure. // VON FRITZ WILHELM

^ Zum Inhalt

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

POLITIK & RECHT



Quelle: Shutterstock / jorisvo

Ausweitung des Industriestrompreises genehmigt

EUROPAEISCHE UNION. Die EU-Kommission hat die Ausweitung des Industriestrompreises und die Verstetigung der Strompreiskompensation für energieintensive Unternehmen in Deutschland genehmigt.

Die Bundesregierung kann den Industriestrompreis im Abrechnungsjahr 2026 mit der Strompreiskompensation kombinieren. Die Europäische Kommission hat dafür die novellierte Richtlinie zum Industriestrompreis sowie die neue nationale Billigkeitsrichtlinie zur Strompreiskompensation beihilferechtlich genehmigt. Damit können besonders energie- und handelsintensive Unternehmen beide Entlastungsinstrumente gleichzeitig nutzen.

Von der Kumulierung profitieren die 31 Sektoren, die für eine Strompreiskompensation beihilfeberechtigt sind. Dazu zählen unter anderem die Chemie-, Stahl-, Papier- und Glasindustrie sowie die Batteriezellfertigung. Unternehmen können für 50 Prozent ihres Stromverbrauchs, für den sie eine Strompreiskompensation beantragen, zusätzlich eine Entlastung über den Industriestrompreis erhalten. Eine weitere Dekarbonisierungsmaßnahme müssen sie dafür nicht nachweisen.

Die zusätzliche Entlastung gilt allerdings nur zeitanteilig. Hintergrund ist, dass der europäische Beihilferahmen die Kumulierung lediglich für den Zeitraum von Anfang März bis Ende Dezember 2026 erlaubt. Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) wertet die Genehmigung als Beitrag zur Sicherung des Industriestandorts Deutschland.

„Der Strompreis entscheidet mit darüber, wo Unternehmen künftig produzieren und investieren. Wir haben in Brüssel erreicht, dass besonders energieintensive Unternehmen 2026 Industriestrompreis und Strompreiskompensation kumulieren können“, sagte Reiche. Die Bundesregierung werde sich weiterhin dafür einsetzen, die Kombination beider Instrumente auch über 2026 hinaus zu ermöglichen.

Strompreiskompensation bis 2030 verstetigt

Neben der Kumulierung hat die EU-Kommission auch die neue Richtlinie zur Strompreiskompensation genehmigt. Sie soll nach ihrer Veröffentlichung im Bundesanzeiger für das Abrechnungsjahr 2026 in Kraft treten. Die Ende 2025 eingeführten Verbesserungen werden damit dauerhaft fortgeführt. Die Förderung

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

bleibt allerdings entsprechend den europäischen Beihilfevorgaben bis zum Abrechnungsjahr 2030 befristet.

Die Bundesregierung hatte die Strompreiskompensation bereits rückwirkend für 2025 ausgeweitet. Der Kreis der berechtigten Sektoren stieg von elf auf 31. Neu hinzugekommen sind unter anderem die organische Chemie, Düngemittel, Kunststoffe, Glas und die Batteriezellfertigung. Zudem erhöhte sich die Beihilfeintensität für bislang geförderte Sektoren von 75 auf 80 Prozent. Davon profitieren beispielsweise Unternehmen aus der anorganischen Chemie und der Raffineriebranche. Auch indirekte Stromverbräuche in Industrieparks sind seitdem förderfähig.

Diese Erweiterungen bleiben nun bestehen. Zugleich vereinfacht die Bundesregierung die Anforderungen an ökologische Gegenleistungen und die Nachweisführung. Dazu überträgt sie den Gegenleistungskatalog des Industriestrompreises auf die Strompreiskompensation. Unternehmen können damit flexibler wirtschaftlich tragfähige Maßnahmen auswählen.

Auch bei der Grünstromgegenleistung gibt es Erleichterungen. Die Anforderungen an gekoppelte Herkunftsnachweise entfallen, außerdem erweitert die Bundesregierung die zulässigen Herkunftsländer. Für Unternehmen mit vergleichsweise geringen beihilfefähigen Strommengen entfallen zudem externe Testierungen. Davon sollen insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU) profitieren.

Anträge für 2026 folgen 2027

Unternehmen können den Industriestrompreis für das Abrechnungsjahr 2026 Anfang 2027 rückwirkend für das gesamte Jahr beantragen. Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA), die zuständige Bundesbehörde für die Umsetzung von Förderprogrammen im Wirtschaftsbereich, will rechtzeitig über die neuen Regelungen und das Antragsverfahren informieren.

Die Strompreiskompensation beantragen Unternehmen jährlich für das jeweils vorangegangene Abrechnungsjahr. Zuständig ist die Deutsche Emissionshandelsstelle (DEHSt) im Umweltbundesamt (UBA). Auch sie will vor Beginn des Antragsverfahrens über die geltenden Anforderungen informieren. (sh)

// VON SUSANNE HARMSEN

Zum Inhalt

Biogasbranche fordert rasche Entscheidungen zu EEG



Präsident des Fachverbands Biogas, Thomas Karle, bei der virtuellen Pressekonferenz. Quelle: Heidi Roider

BIOGAS. Der Fachverband Biogas hat die EEG-Eckpunkte in wichtigen Punkten als positiv für die Biogas-Branche bewertet. Geplant sind etwa höhere Ausschreibungsvolumina und neue Regeln.

Die deutsche Biogasbranche könnte ihre Produktion von Biogas, Biomethan und synthetischem Methan bis 2050 auf 311 Milliarden kWh pro Jahr steigern. Das entspricht nahezu dem Vierfachen der derzeitigen Erzeugung von knapp 81 Milliarden kWh. Diese Prognose stellte der Fachverband Biogas am 17. November bei einer Pressekonferenz vor. Voraussetzung für den Ausbau seien verlässliche gesetzliche Rahmenbedingungen und Investitionsanreize, erklärte Verbandspräsident Thomas Karle.

Die derzeit diskutierten Eckpunkte des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) sieht Karle in diesem Zusammenhang positiv. „Die Gesamtarchitektur ist gut im EEG“, sagte er. Insbesondere das derzeit diskutierte Ausschreibungsvolumen von jährlich 2.100 MW bis 2032 bewertet der Verband positiv. Nach seiner Einschätzung könnte diese Regelung dazu beitragen, den Anlagenbestand zu sichern und die

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Flexibilisierung der Stromerzeugung aus Biogas voranzutreiben.

Daneben soll sich für neu bezuschlagte Biogasanlagen in der zweiten Förderperiode der Vergütungszeitraum von zwölf auf 15 Jahre verlängern, sofern die Anlagen mindestens dreifach überbaut sind; zur Finanzierung wird zudem der Flexibilitätszuschlag von 100 auf 120 Euro pro Kilowatt angehoben. Weiter sollen Biogasanlagen laut dem EEG-Eckpunktepapier nun einen Anspruch auf flexible Netzanschlussverträge erhalten. Das sind laut dem Verbandspräsident wichtige Punkte für die Branche hierzulande.

Gasaufbereitung im Fokus

Karle warnte jedoch davor, dass Verzögerungen bei der Gesetzgebung den Weiterbetrieb bestehender Anlagen gefährden könnten. Zugleich verwies er auf die wirtschaftlichen Auswirkungen einer flexiblen Biogasverstromung. Nach Angaben des Verbands kommt eine Studie der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg zu dem Ergebnis, dass der volkswirtschaftliche Nutzen flexibler Biogasanlagen bei jährlich 7,8 Milliarden Euro liege. Dem stünden Förderkosten von 5,3 Milliarden Euro gegenüber.

Daneben hat der Fachverband Biogas die Notwendigkeit verlässlicher Rechtsrahmen für die Aufbereitung und Einspeisung von Biomethan ins Gasnetz betont. „Während Vor-Ort-Verstromungsanlagen dezentral Strom und Wärme produzieren und so fossile Erdgaskraftwerke ersetzen, ist Biomethan der Allrounder der Energiewende: Einsetzbar in der Industrie, dem Wärmemarkt oder im Verkehr kann es überall dort Energie liefern, wo heute noch Erdgas eingesetzt wird“, erklärt Karle.

Das EU-Gaspaket müsse daher umgehend umgesetzt und den Akteuren echte Investitionssicherheit beim Gasnetzanschluss garantiert werden. Darüber hinaus müssen auch die Anschlussregeln der auslaufenden Gasnetzzugangsverordnung (GasNZV) und der Gasnetzentgeltverordnung (GasNEV) dringend fortgeführt werden. „Nur wenn Einspeise- und Netzentgeltregeln verlässlich stehen, werden die notwendigen Millioneninvestitionen in moderne Aufbereitungsanlagen getätigt“, erklärt Karle.

Deutschland darf den Anschluss nicht verlieren

Auch international wächst das Unverständnis über die deutsche Zurückhaltung. Christoph Spurk, Vizepräsident und Firmenvertreter im Fachverband Biogas, verweist auf die europäische Strategie: „Europa setzt entschlossen auf Biogas und Biomethan. Bis 2030 sollen jährlich 350 TWh ins EU-Gasnetz eingespeist werden.“

Gerade Biomethan sei als klimafreundliches Gas unersetzlich. Jedoch drohe gerade Deutschland des Anschluss zu verlieren. Spurk: „Die ganze Welt hat Interesse an der Biogas-Technologie made in Germany.“ Aber hierzulande wurden in den vergangenen Jahre kaum Anlagen zugebaut. Mit dem EEG könnte sich dies nun wieder wandeln. Karle ergänzte: „Wir brauchen jetzt das klare Signal aus Berlin, dass Biogas ein unverzichtbarer Pfeiler einer resilienten, heimischen und bezahlbaren Energieversorgung ist.“ (hr)

// VON HEIDI ROIDER

^ Zum Inhalt

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Hohe Nachfrage bei Förderprogrammen für E-Mobilität



Quelle: Pixabay / Mikes-Photography

ELEKTROFAHRZEUGE. Rund 21.000 Anträge gingen für die Förderung privater Ladeinfrastruktur in Mehrparteienhäusern ein. Auch 2027 steht laut Verkehrsministerium wieder Fördergeld für E-Mobilität bereit.

Das Förderprogramm „Ladeinfrastruktur in und an Mehrparteienhäusern“ des Bundesverkehrsministeriums (BMV) ist auf große Nachfrage gestoßen. Rund 21.000 Anträge mit einem beantragten Fördervolumen von insgesamt 500 Millionen Euro gingen ein. Mit den Mitteln sollen rund 365.000 Stellplätze in mehr als 30.000 Wohngebäuden für das Laden von Elektrofahrzeugen ertüchtigt werden.

Für rund 130.000 Stellplätze ist bereits die Installation einer Wallbox vorgesehen. Darüber hinaus wurde für rund 35.000 Stellplätze der Innovationsbonus für bidirektional-fähige Ladeeinrichtungen beantragt. Besonders groß war das Interesse bei Wohnungseigentümergemeinschaften (WEG) und deren Mitgliedern.

Nach Angaben des BMV konnten bereits mehr als 13.000 Förderbescheide mit einem Volumen von rund 350 Millionen Euro verschickt werden. Die übrigen Anträge werden derzeit geprüft und bearbeitet.

Ladeinfrastruktur in Mehrparteienhäusern ausbauen

Bundesverkehrsminister Steffen Bilger sieht in der Nachfrage einen Hinweis auf den Bedarf an privaten Lademöglichkeiten außerhalb von Einfamilienhäusern. „Wer über einen eigenen Stellplatz verfügt, muss dort auch laden können. Das darf keine Frage der Wohnform sein“, sagte er. Der Ausbau privater Ladeinfrastruktur ist in Mehrparteienhäusern häufig mit organisatorischen und technischen Herausforderungen verbunden. Eigentümer und Mieter müssen unterschiedliche Interessen abstimmen, gemeinschaftlich genutzte Stellplätze erschließen und die technischen Voraussetzungen in Gebäuden und Stromnetzen schaffen.

Mehr private Ladepunkte an Wohngebäuden könnten zudem den Bedarf an öffentlichen Ladesäulen im Straßenraum begrenzen. Das gilt insbesondere für dicht besiedelte Wohnquartiere. Der Innovationsbonus zielt darüber hinaus auf bidirektionales Laden. Damit können Elektrofahrzeuge perspektivisch nicht nur Strom aufnehmen, sondern gespeicherte Energie auch wieder ins Gebäude oder ins Stromnetz einspeisen.

E-Auto-Förderung im Haushalt 2027 aufgestockt

Unterdessen hat der Haushaltsausschuss des Bundestages die Mittel für die sozial gestaffelte Förderung beim Kauf von Elektroautos im Haushalt 2027 erhöht. Wie aus den Beschlüssen zum Wirtschaftsplan des Klima- und Transformationsfonds (KTF) hervorgeht, stehen dafür nun 1,72 Milliarden Euro zur Verfügung. Im Regierungsentwurf waren ursprünglich 803 Millionen Euro vorgesehen. Die Aufstockung beträgt damit 917 Millionen Euro.

Das Bundesfinanzministerium (BMF) begründete die Anpassung mit einer dynamischeren Entwicklung der Nachfrage als ursprünglich angenommen. Der Ansatz werde an den tatsächlichen Bedarf angepasst. Das Gesamtvolumen des Förderprogramms bleibe unverändert. Finanziert wird die Erhöhung durch eine geringere Zuführung zur Rücklage des KTF, die von 3,1 Milliarden Euro auf 2,18 Milliarden Euro sinkt.

Insgesamt plant der Haushaltsausschuss für den KTF im Jahr 2027 Ausgaben von 39,33 Milliarden Euro. Das sind rund 391 Millionen Euro mehr als im Regierungsentwurf und 4,52 Milliarden Euro mehr als im Haushalt 2026.

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

In einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion im Bundestag beziffert die Bundesregierung den bisher gezahlten sogenannten Umweltbonus für E-Pkw. Im gesamten Förderzeitraum von 2016 bis 2023 waren dies demnach 12,73 Milliarden Euro inklusive „nachlaufende Mittelabflüsse aus der Abwicklung von Altfällen bis 2026“. Die Summe beinhalte auch die Innovationsprämie.

Gefördert wurde damit laut Angaben der Bundesregierung die Zulassung von 2,18 Millionen E-Autos. 1,4 Millionen waren davon batterieelektrische Fahrzeuge (BEV) und 0,77 Millionen Plug-in-Hybridfahrzeuge (PHEV). (sh) // VON SUSANNE HARMSEN

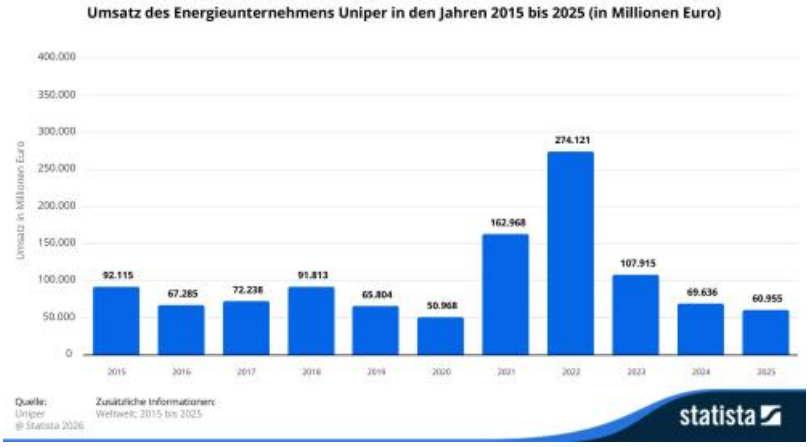
Zum Inhalt

Umsatz von Uniper in den Jahren 2015 bis 2025



Quelle: E&M / Pixabay

STATISTIK DES TAGES. Ein Schaubild sagt mehr als tausend Worte: In einer aktuellen Infografik beleuchten wir regelmäßig Zahlen aus dem energiewirtschaftlichen Bereich.



Zur Vollansicht auf die Grafik klicken
Quelle: Statista

Im Jahr 2025 erwirtschaftete die Uniper SE einen Umsatz in Höhe von rund 61 Milliarden Euro. Im Herbst 2016 erfolgte die Abspaltung der Uniper SE vom Eon-Konzern. Aufgrund der Ereignisse im Jahr 2022 ist Uniper seit Ende 2022 verstaatlicht. Das Kerngeschäft von Uniper besteht in der Stromerzeugung in Europa sowie dem globalen Energiehandel, insbesondere mit Gas. Die Stromerzeugung erfolgt unter anderem aus den Energieträgern Wasserkraft und fossilen Energien. // VON REDAKTION

Zum Inhalt

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

HANDEL & MARKT



Quelle: Shutterstock / Audio und werbung

BDEW sieht weitere Unsicherheit beim Hochlauf

WASSERSTOFF. Der BDEW hat seinen Wasserstoffmonitor aktualisiert. Die Daten zeigen stagnierende Elektrolysekapazitäten und einen wachsenden Handlungsbedarf beim Ausbau der Speicher.

Der Wasserstoffhochlauf in Deutschland kommt weiterhin nur langsam voran. Das zeigt die aktualisierte Ausgabe des Wasserstoffmonitors des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW). Demnach haben sich die in Betrieb befindlichen Elektrolysekapazitäten seit dem zweiten Quartal kaum verändert. Gleichzeitig sinkt die bis 2030 geplante Leistung leicht, weil Projektierer Vorhaben verschieben oder ganz aufgeben.

„Einige Projektierer glauben also nicht mehr an eine Realisierung vor 2030. Das ist ein Warnsignal“, erklärte BDEW-Hauptgeschäftsführerin Kerstin Andreae, anlässlich der Veröffentlichung. Erste Projekte seien zwar umgesetzt worden, die notwendige Dynamik beim Ausbau der heimischen Elektrolysekapazitäten fehle jedoch weiterhin.

Verlässliche Rahmenbedingungen entscheidend

Um den Hochlauf zu beschleunigen, fordert Andreae verlässliche und praxistaugliche Rahmenbedingungen sowie einen abgestimmten Instrumentenmix entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Die im Wasserstoff-Impulspapier des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) angekündigten Maßnahmen seien ein erster Schritt, müssten aber nachgeschärft werden.

Konkret nennt der BDEW ein zentrales Wasserstoffgesetz, gezielte Nachfrageanreize und Wasserstoff-Carbon-Contracts-for-Difference (CfDs). Zudem solle Deutschland die im Koalitionsvertrag vereinbarte Wasserstoff-Allianz mit anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union zügig umsetzen.

Wasserstoff sei für Deutschland als Industriestandort unverzichtbar, betonte Andreae. Insbesondere für die Dekarbonisierung von Sektoren, die sich nicht oder nur schwer elektrifizieren lassen, spiele er eine zentrale Rolle. Dazu zähle vor allem die energieintensive Industrie. Auch für die kürzlich bezuschlagten Wasserstoff-ready-Gaskraftwerke sei der Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft relevant.

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Eine positive Entwicklung sieht der Verband bei den Wasserstoffprojekten in der energieintensiven Industrie. Hier sei die Zahl der Vorhaben leicht gestiegen, insbesondere in Branchen, die Fördermittel erhalten. Dies zeige die Bedeutung gezielter Förderinstrumente in der Hochlaufphase.

Monitor erfasst erstmals Speicher

Mit der aktuellen Ausgabe berücksichtigt der BDEW-Wasserstoffmonitor erstmals auch Wasserstoffspeicher. Der Verband zählt 23 Projekte an zehn Standorten. Zusammen könnten sie eine Speicherkapazität von bis zu 3,5 Milliarden kWh schaffen. Rund 0,7 Milliarden kWh davon sind bis 2030 geplant.

Dem stehen deutlich höhere Bedarfe gegenüber: Nach dem Weißbuch des BMWE könnten bereits 2030 bis zu 7 Milliarden kWh Speicherkapazität benötigt werden. Für 2040 beziffert das Ministerium den Bedarf auf 26 bis 74 Milliarden kWh. Angesichts dieser Größenordnung müssten Investitionen in Speicherprojekte jetzt angereizt werden, fordert Andreae.

Der BDEW-Wasserstoffmonitor stellt zentrale Kennzahlen und Entwicklungen des deutschen Wasserstoffmarktes dar. Die Datengrundlage bilden unter anderem Informationen des Energiewirtschaftlichen Instituts (EWI).

Der BDEW-Wasserstoffmonitor steht im Internet bereit. (sh) // VON SUSANNE HARMSEN

Zum Inhalt

WERBUNG



© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Verteilnetzbetreiber verschenken Spitzenkappung



Quelle: Katia Meyer-Tien

STROMNETZ. Eine Analyse des Bundesverbands Neue Energiewirtschaft (BNE) zeigt, dass 85,7 Prozent der untersuchten Netzbetreiber die Spitzenkappung nicht dokumentiert einsetzen.

Zwei Jahre nach der Einführung der Spitzenkappung nutzen die meisten Verteilnetzbetreiber das Instrument weiterhin kaum. Das geht aus einer aktuellen Analyse des Bundesverbands Neue Energiewirtschaft (BNE) hervor. Demnach ist in 72 von 84 untersuchten Netzausbauplänen für 2026 kein Einsatz der Spitzenkappung dokumentiert. Das entspricht einem Anteil von 85,7 Prozent.

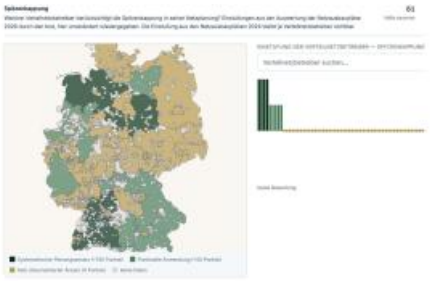
Mit der Spitzenkappung können Netzbetreiber bei der Planung ihrer Netze berücksichtigen, dass selten auftretende Einspeisespitzen von Photovoltaik- und Windenergieanlagen nicht vollständig aufgenommen werden müssen. Dafür dürfen sie eine Abregelung von bis zu drei Prozent der erwarteten Jahreserzeugung je direkt angeschlossener Solaranlage oder Windenergieanlage an Land einkalkulieren.

Das Instrument soll den Netzausbaubedarf reduzieren, wenn einzelne Einspeisespitzen für die Dimensionierung der Netze ausschlaggebend sind. Netzbetreiber können dadurch vorhandene Kapazitäten besser nutzen, zusätzliche Erzeugungsanlagen anschließen und Investitionen in neue Leitungen oder Transformatoren vermeiden oder zeitlich verschieben.

Nur neun Netzbetreiber nutzen das Instrument

Laut der BNE-Auswertung setzen 2026 lediglich vier der untersuchten Netzbetreiber die Spitzenkappung systematisch ein. Weitere fünf wenden sie punktuell an. Bei 69 Netzbetreibern ist kein Einsatz dokumentiert. In drei Fällen bleibt unklar, ob sie das Instrument nutzen.

Damit schöpfe die große Mehrheit der untersuchten Verteilnetzbetreiber die gesetzlichen Möglichkeiten für eine effizientere Netzplanung nicht aus. Bereits 2024 hatte der BNE die Netzausbaupläne der Verteilnetzbetreiber untersucht. Seitdem habe sich bei der Anwendung der Spitzenkappung kaum etwas verändert.



Überblick über deutsche Verteilnetzbetreiber mit und ohne Spitzenkappung.
(Für Vollbild auf die Grafik klicken)
Quelle: BNE

„Bei der Spitzenkappung stehen wir praktisch da, wo wir vor zwei Jahren standen“, resümiert Robert Busch, Geschäftsführer des BNE. Gleichzeitig warteten Wind- und Solarprojekte auf ihren Netzanschluss. „Wer zusätzliche Leitungen und Transformatoren plant, die Zeit und Geld kosten, muss zeigen, dass er mit vorhandenen Instrumenten die Effizienz steigert und dass die Auslastung stimmt“, fordert Busch.

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

BNE verlangt Wirtschaftlichkeitsvergleich

Der Verband will Netzbetreiber zu einem nachvollziehbaren Vergleich ihrer Netzplanung mit und ohne Spitzenkappung verpflichten. Erweist sich das Instrument als wirtschaftlichere Lösung, soll es nach Ansicht des BNE verbindlich zum Einsatz kommen.

Auch mit Blick auf das geplante Netzanschlusspaket hält der Verband eine stärkere Nutzung der bestehenden Möglichkeiten für notwendig. Bevor der Gesetzgeber mit dem Redispatch-Vorbehalt zusätzliche Risiken auf Wind- und Solarprojekte verlagere, müssten Netzbetreiber nachweisen, dass sie vorhandene Instrumente zur Erhöhung der Anschlusskapazitäten und zur Senkung der Netzkosten ausschöpfen.

Die BNE-Hintergrundanalyse zur Spitzenkappung steht im Internet bereit. (sh) // VON SUSANNE HARMSEN

Zum Inhalt

Deutschland bei neuen E-Lkw weit vorn



E-Lkw. Quelle: MAN

MOBILITÄT. Der Anteil elektrischer Lkw an den Neuzulassungen in der EU ist 2025 deutlich gestiegen. Deutschland liegt über dem EU-Durchschnitt. Doch Diesel dominiert weiterhin.

Der Elektroantrieb gewinnt bei Lastwagen mit einem zulässigen Gesamtgewicht von mehr als 3,5 Tonnen in der EU an Bedeutung. So fuhren im Jahr 2025 7,7 Prozent der neu zugelassenen Lkw über 3,5 Tonnen rein elektrisch. Ein Jahr zuvor waren es erst 4,1 Prozent gewesen. Das geht aus Zahlen der europäischen Statistikbehörde Eurostat hervor, die das Statistische Bundesamt (Destatis) am 17. November veröffentlicht hat.

Insgesamt wurden 2025 EU-weit mehr als 126.600 Lkw über 3,5 Tonnen neu zugelassen. Darunter waren rund 9.800 Fahrzeuge mit rein elektrischem Antrieb. Trotz des gestiegenen Anteils bleibt der Diesel mit Abstand die wichtigste Antriebsart. Laut Destatis waren 89 Prozent der neu zugelassenen Lkw ausschließlich dieselbetrieben. Andere Antriebe wie Erdgas spielten eine untergeordnete Rolle.

Auch bei den Sattelzugmaschinen nimmt die Elektromobilität zu. Allerdings fällt ihr Anteil an den Neuzulassungen deutlich geringer aus als bei den übrigen Lkw. Den Eurostat-Daten zufolge stieg er von 0,7 Prozent im Jahr 2024 auf 1,6 Prozent im Jahr 2025. Von insgesamt rund 157.500 neu zugelassenen Sattelzugmaschinen verfügten etwa 2.500 über einen rein elektrischen Antrieb. Der Dieselanteil lag in dieser Fahrzeugklasse bei 94,7 Prozent.

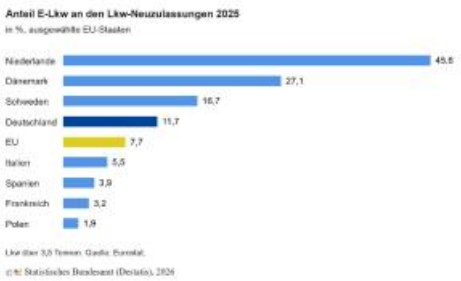
Niederlande beim E-Lkw-Anteil vorn

Innerhalb der EU unterscheiden sich die Neuzulassungen elektrischer Lkw laut Destatis erheblich. Besonders hoch war ihr Anteil 2025 in den Niederlanden. Dort verfügten 45,6 Prozent der neu zugelassenen Lkw über 3,5 Tonnen über einen rein elektrischen Antrieb. Es folgten Dänemark (27,1 Prozent) und Schweden mit 16,7 Prozent.

Deutschland erreichte einen Anteil von 11,7 Prozent und lag damit vier Prozentpunkte über dem EU-Durchschnitt. Bei den absoluten Zulassungszahlen belegte Deutschland dagegen den ersten Platz. Laut Destatis wurden hierzulande rund 4.200 rein elektrische Lkw über 3,5 Tonnen neu zugelassen.

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Deutlich geringer fiel der Elektroanteil in mehreren anderen großen EU-Staaten aus. In Italien waren 5,5 Prozent der neu zugelassenen schweren Lkw elektrisch angetrieben. In Spanien lag der Anteil bei 3,9 Prozent, in Frankreich bei 3,2 Prozent. Polen erreichte lediglich 1,9 Prozent.



Beim Anteil elektrischer Lkw an den Neuzulassungen liegt Deutschland über dem EU-Durchschnitt.
(zum Vergrößern bitte auf die Grafik klicken)
Quelle: Destatis

Bei den Sattelzugmaschinen ergibt sich laut Eurostat ein anderes Bild. Hier führte Griechenland mit einem Elektroanteil von 11,2 Prozent an den Neuzulassungen. Dahinter kommen Schweden mit 9,5 Prozent, die Niederlande mit 7,3 Prozent und Dänemark mit 6 Prozent. Deutschland erreichte 3,2 Prozent und lag damit ebenfalls über dem EU-Durchschnitt von 1,6 Prozent.

Elektroantrieb im Fahrzeugbestand noch selten

Die steigenden Neuzulassungsanteile spiegeln sich bislang nur in geringem Umfang im gesamten Fahrzeugbestand wider. Das zeigen die von Destatis veröffentlichten Bestandszahlen für das Jahr 2024.

Demnach waren in der EU rund 3,6 Millionen Lkw über 3,5 Tonnen zugelassen. Davon fuhren lediglich 0,4 Prozent rein elektrisch. Das entsprach rund 14.100 Fahrzeugen. Mehr als die Hälfte davon entfiel auf Deutschland. Mit rund 7.600 E-Lkw vereinte die Bundesrepublik 54,2 Prozent des gesamten elektrischen Lkw-Bestands der EU auf sich.

Noch geringer war der Elektroanteil bei den Sattelzugmaschinen. Von den rund 2,2 Millionen in der EU zugelassenen Fahrzeugen dieser Kategorie waren 2024 laut Eurostat lediglich rund 2.400 rein elektrisch unterwegs. Das entsprach etwa 0,1 Prozent des Bestands. Auch hier lag Deutschland bei der absoluten Zahl vorn. Rund 860 elektrische Sattelzugmaschinen waren hierzulande zugelassen. Das sind 36,3 Prozent des entsprechenden EU-Bestands.

Die Daten stammen von Eurostat und haben den Stand vom 5. November 2026. Für Bulgarien, Ungarn und Kroatien liegen für 2025 bisher nur unvollständige Angaben vor. Die fehlenden Werte sind in den ausgewiesenen EU-Gesamtzahlen nicht berücksichtigt. (ds) // VON DAVINA SPOHN

^ Zum Inhalt

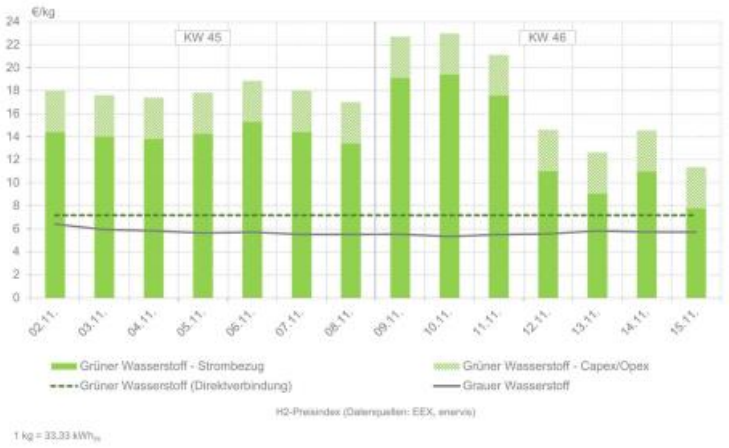
Gestehungskosten schwanken weiterhin stark



Quelle: E&M / Shutterstock, wanpatsorn

H2-PREISINDEX. Grüner Wasserstoff ist noch nicht marktreif. Wie sich der Preisvergleich zum grauen Wasserstoff darstellt, zeigt der H2-Preisindex von Enervis und E&M alle zwei Wochen.

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten



Der H2-Preisindex in den Kalenderwochen 45 und 46

(zur Vollansicht auf die Grafik klicken)

Quelle: Enervis

Die Gestehungskosten für strommarktbasierten grünen Wasserstoff sind in der vergangenen Woche wieder stark gestiegen. Das Zweiwochenhoch lag bei 22,98 Euro/Kilogramm, das Zweiwochentief bei 11,36 Euro/Kilogramm. Im Wochenmittel ist der Preis nur geringfügig von 17,81 auf 17,13 Euro/Kilogramm gesunken.

Die Gestehungskosten für grauen Wasserstoff bewegten sich im Wochenverlauf zwischen 5,33 und 6,40 Euro/Kilogramm. Das Preisniveau lag damit weiterhin konstant unterhalb des strommarktbasierten Wasserstoffs sowie der Insellösung aus Erneuerbaren-Energie-Anlage und Elektrolyseur.

Legende zum H2-Preisindex

- **Grüner Wasserstoff**: Gestehungskosten auf Basis von Strompreisen am Spotmarkt, Herkunftsnachweisen* für die jeweiligen Strommengen sowie den Investitions- und Betriebskosten einer Elektrolyseanlage
- **Grüner Wasserstoff (Direktverbindung)**: Gestehungskosten als Benchmark auf Basis von grünem Bezugsstrom einer netzentkoppelten Erneuerbaren-Anlage sowie den Investitions- und Betriebskosten einer Elektrolyseanlage
- **Grauer Wasserstoff**: Gestehungskosten auf Basis von Erdgaspreisen am Spotmarkt, Preisen für CO2-Zertifikate sowie den Investitions- und Betriebskosten einer Erdgas-Dampfreformierungsanlage

*Die Anforderungen der Bundesregierung an grünen Wasserstoff werden über die 37. BImSchV an die Anforderungen der Europäischen Union angepasst. Zukünftig müssen die Kriterien der Zusätzlichkeit sowie der zeitlichen, geografischen Korrelation für die Produktion erfüllt sein.

// VON REDAKTION

Zum Inhalt

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

TECHNIK



Hintergrundpapier zur Cybersicherheit im Energiesystem. Quelle: Wavestone

Cyberangriffe gefährden die Resilienz der Energiesysteme

IT. Das Deutsch-französische Büro für die Energiewende und Wavestone analysieren in einem Bericht die Cyberbedrohungen für den Energiesektor und den regulatorischen Handlungsbedarf.

Die fortschreitende Energiewende erhöht die Angriffsfläche für Cyberattacken im Energiesektor. Mit der Digitalisierung und Vernetzung der Systeme, dem Ausbau erneuerbarer Energien und der zunehmenden Elektrifizierung wachsen auch die Anforderungen an die Cybersicherheit. Darauf weist ein Hintergrundpapier des Deutsch-französischen Büros für die Energiewende (DFBEW) hin, das in Kooperation mit dem Beratungsunternehmen Wavestone entstanden ist.

Das Papier untersucht den aktuellen Stand der Cyberbedrohungen, die möglichen Folgen von Angriffen sowie den regulatorischen Rahmen in Europa, Deutschland und Frankreich. Es beleuchtet außerdem die verschiedenen Angreifergruppen und Angriffsmethoden.

Vier zentrale Risikobereiche

Nach Einschätzung der Autoren lassen sich vier wesentliche Risikobereiche unterscheiden: Angriffe auf Betriebstechnologien (Operational Technology, OT), digitale Verwundbarkeiten infolge der zunehmenden Digitalisierung, Risiken durch externe Dienstleister und andere Dritte sowie geopolitisch motivierte Bedrohungen.

Mit der Energiewende steigt die Bedeutung von Echtzeitsteuerung und digitaler Kommunikation. Ein Cybervorfall kann deshalb nicht auf die Informationstechnik eines einzelnen Unternehmens beschränkt bleiben, sondern auch den operativen Betrieb und die Versorgungssicherheit beeinträchtigen.

Die Risiken betreffen laut Hintergrundpapier die gesamte Wertschöpfungskette – von der Erzeugung über die Netze bis zu Energieversorgern und verbundenen Dienstleistungen. Besonders relevant ist das für Deutschland und Frankreich. Die Stromsysteme beider Länder sind über Netze, grenzüberschreitende Märkte und Energieflüsse eng miteinander verbunden. Störungen können daher Auswirkungen über nationale Grenzen hinaus haben.

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Angriffe können Kettenreaktionen auslösen

Die Autoren warnen vor den systemischen Folgen von Cyberangriffen. Angriffe auf einzelne Anlagen oder technische Systeme können demnach Kettenreaktionen auslösen. Besonders kritisch ist die Situation im Energiesektor, weil die Verfügbarkeit der Systeme eine Voraussetzung für den laufenden Betrieb darstellt.

Als Beispiel für die Bedeutung von Cyberbedrohungen im geopolitischen Kontext verweist das Papier auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Die jüngsten Angriffsfälle zeigten, dass Cyberrisiken nicht nur theoretischer Natur seien. Sie könnten auch dezentrale Energieanlagen und schwer zu kontrollierende Abhängigkeitsketten treffen.

Für Energieunternehmen ergebe sich daraus die Aufgabe, sowohl ihre Angriffsflächen zu reduzieren als auch ihre Reaktionsfähigkeit bei Sicherheitsvorfällen zu verbessern. Dazu gehört, den Betrieb auch im Störungsfall aufrechterhalten und betroffene Systeme möglichst schnell wiederherstellen zu können.

Regulatorische Anforderungen nehmen zu

Parallel zur wachsenden Bedrohungslage verschärft sich der regulatorische Rahmen. Das Hintergrundpapier nennt auf europäischer Ebene insbesondere die Richtlinie Network and Information Security 2 (NIS2), den Network Code on Cybersecurity für den Stromsektor und den Cyber Resilience Act. Auf nationaler Ebene verweist es auf das Militärplanungsgesetz in Frankreich und das KRITIS-Dachgesetz in Deutschland.

Die Regelwerke spiegeln nach Einschätzung der Autoren einen veränderten Umgang mit Cybersicherheit wider. Sie rücken die Widerstandsfähigkeit kritischer Infrastrukturen stärker in den Mittelpunkt und erhöhen den Handlungsdruck für die betroffenen Unternehmen.

Cybersicherheit müsse deshalb bereits bei der Planung von Energieprojekten berücksichtigt und fest in die Unternehmenssteuerung sowie in Kontinuitäts- und Wiederherstellungsmechanismen integriert werden. Dabei reiche es nicht aus, wenn einzelne Betreiber ihre eigenen Systeme absicherten, so die Autoren.

Europäische Zusammenarbeit wird wichtiger

Angesichts der engen Verflechtung der europäischen Energiesysteme halten die Autoren eine stärkere grenzüberschreitende Zusammenarbeit für notwendig. Die NIS2-Richtlinie trage dieser Entwicklung Rechnung, indem sie den Ausbau nationaler Fähigkeiten mit der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten bei grenzüberschreitenden Cybervorfällen verbinde.

Mit der weiteren Elektrifizierung, dem Ausbau dezentraler Anlagen und der zunehmenden digitalen Steuerung werde die Vernetzung weiter wachsen. Europa müsse deshalb gemeinsame Strukturen schaffen, die den technischen und wirtschaftlichen Abhängigkeiten Rechnung tragen. Cybersicherheit werde damit zunehmend zu einer Voraussetzung für die territoriale Resilienz und die Stabilität der Energieversorgung.

Das Wavestone-Hintergrundpapier zur Cybersicherheit in der Energiewende steht als PDF zum Download bereit. (sh) // VON SUSANNE HARMSEN

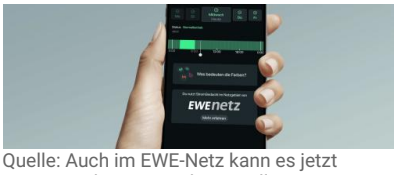
Diesen Artikel können Sie teilen: Zum Inhalt

WERBUNG

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten



Transnet BW-App jetzt auch im EWE-Netz verfügbar



Quelle: Auch im EWE-Netz kann es jetzt supergrün bis rot werden. Quelle: EWE Netz

IT. Die Energiewende-App StromGedacht ist jetzt auch im Netzgebiet von EWE Netz verfügbar. Nutzer können damit ihren Stromverbrauch an der regionalen Netzsituation ausrichten.

Der Übertragungsnetzbetreiber Transnet BW und der Verteilnetzbetreiber EWE Netz haben die Energiewende-App „StromGedacht" auf das Netzgebiet von EWE Netz ausgeweitet. Damit können Verbraucher erstmals auch im Netzgebiet eines Verteilnetzbetreibers außerhalb der Regelzone von Transnet BW regionale Informationen zur Stromnetzbelastung abrufen und ihren Verbrauch entsprechend anpassen.

Die App informiert seit 2022 über die prognostizierte Situation im Übertragungsnetz von Baden-Württemberg. Über eine Ampellogik zeigt sie an, wann Verbraucher ihren Stromverbrauch möglichst erhöhen oder reduzieren sollten. Die Signale sollen dazu beitragen, Netzengpässe zu vermeiden und Stromerzeugung und -verbrauch besser aufeinander abzustimmen.

„In unserem Netzgebiet wird besonders viel Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt. Umso wichtiger ist es, Erzeugung und Verbrauch besser aufeinander abzustimmen", kommentiert Torsten Maus, Vorsitzender der Geschäftsführung von EWE Netz, den Start.

Postleitzahl ermöglicht regionale Netzsignale

Bei der Umsetzung der Kooperation haben die Unternehmen die App um eine Standortfunktion erweitert. Nutzer können jetzt ihre Postleitzahl hinterlegen und erhalten darauf abgestimmte Informationen zur Netzsituation. Zudem lassen sich Inhalte gezielt für einzelne Postleitzahlgebiete bereitstellen.

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Bisher stehen regionale Stromgedacht-Signale für die Netzgebiete von Transnet BW und EWE Netz zur Verfügung. Die technischen Voraussetzungen für die Anbindung weiterer Netzbetreiber sind nach Unternehmensangaben aber bereits geschaffen. „Für Transnet BW ist das ein wichtiger Schritt auf dem Weg, Stromgedacht als bundesweites Kooperationsmodell für weitere Netzbetreiber zu etablieren“, sagt Werner Götz, Vorsitzender der Geschäftsführung von Transnet BW.

Mehr als 357.000 Downloads

Stromgedacht wurde nach Angaben von Transnet BW bislang mehr als 357.000-mal aus den App-Stores heruntergeladen. Die Anwendung unterscheidet bei der Darstellung der Netzsituation zwischen den Zuständen Supergrün, Grün sowie Orange und Rot. Während die regionalen Netzsignale derzeit auf zwei Netzgebiete begrenzt sind, können die allgemeinen Informationen zur Energiewende bundesweit abgerufen werden. (kmt) // VON KATIA MEYER-TIEN

Diesen Artikel können Sie teilen:

Zum Inhalt

Laden für E-Lkw und Busse an der A8


Ladestation für E-Lkw. Quelle: Tank und Rast

E-MOBILITÄT. Energie Südbayern (ESB) und weitere Partner errichten am Mobilitätszentrum Dasing in Bayern einen Ladepark für E-Lkw, E-Busse und E-Pkw. Die Inbetriebnahme ist für Mitte 2027 geplant.

Die ESB bringt sein bisher größtes Ladepark-Projekt auf den Weg: Am Mobilitätszentrum Dasing an der A8 entsteht ein Ladepark für E-Lkw, E-Busse und E-Pkw. Mit einem symbolischen Spatenstich machten die beteiligten Unternehmen Hörmann-Reisen, Dettendorfer Energy, Paartal-Energie und ESB am 17. November 2026 den Auftakt. Die Inbetriebnahme ist für Mitte 2027 vorgesehen.

Das Angebot richtet sich an Autofahrer ebenso wie an regional und überregional tätige Unternehmen, vor allem Speditionen. Weil der Umstieg auf elektrische Mobilität gerade für Firmen eine vorausschauende Disposition erfordert, können die das künftige Ladeangebot also schon jetzt in ihre Strecken- und Flottenplanung einbeziehen.

Zwölf Pkw- und fünf Lkw-Ladepunkte

Im ersten Ausbauschritt sind zwölf Ladepunkte für E-Pkw mit bis zu 600 kW über den CCS-Ladestandard geplant. Hinzu kommen fünf Ladepunkte für E-Lkw und E-Busse mit bis zu 600 kW über CCS oder bis zu 1.000 kW über das neue Megawatt Charging System (MCS). Insgesamt soll der Ladepark auf 21 Ladepunkte wachsen. Ein Batteriespeicher und ein Solardach über den Pkw-Ladepunkten ergänzen die Ausstattung.

ESB betreibt in Ober- und Niederbayern gemeinsam mit regionalen Beteiligungen bereits mehr als 2.000 Normal- und Schnellladepunkte, vor allem abseits der großen Metropolen. (gd) // VON GÜNTER DREWNITZKY

Zum Inhalt

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

500-MW-Speicher in Brandenburg geplant



Visualisierung des Batteriespeichers Ragow. Quelle: 3dpm-studio

STROMNETZ. Am Umspannwerk Ragow in Lübbenau plant „FLOWER“ einen Batteriespeicher mit 500 MW. Die Inbetriebnahme ist für 2029 vorgesehen, die Bauanträge sind gestellt.

Das schwedische Energietechnologieunternehmen Flower will am Umspannwerk Ragow in Lübbenau/Spreewald (Brandenburg) einen Batteriespeicher mit 500 MW Leistung und 2 Millionen kWh Speicherkapazität bauen, rechnerisch der Tagesverbrauch von rund 200.000 bis 250.000 Haushalten in Deutschland. Bei voller Ladung soll die Anlage vier Stunden lang mit 500 MW ins Netz einspeisen können. Die Bauanträge sind eingereicht, die Baureife soll 2027 erreicht werden, die kommerzielle Inbetriebnahme ist für 2029 vorgesehen, wie aus einer Unternehmensmitteilung hervorgeht.

Flower hat das Projekt 2025 erworben und entwickelt es gemeinsam mit „dces“ weiter, die die Pläne im Frühjahr 2025 öffentlich vorgestellt hatte. Dces leitet die Projektentwicklung, Flower übernimmt Finanzierung, technische Planung, Beschaffung, Bau sowie den späteren Betrieb und die Vermarktung. Dces ist seit zwölf Jahren auf dem deutschen Markt tätig und verfügt über eine bundesweite Projektpipeline von 3.000 MW.

John Diklev, Gründer und CEO von Flower erklärte zu dem Projekt: „Mit dem weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien wächst der Bedarf an Großbatteriespeichern rasch. Sie können Schwankungen abfedern, die Effizienz der Stromnetze verbessern und den Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigen.“ Man gehe damit einen weiteren wichtigen Schritt hin zu einem saubereren, bezahlbareren und sichereren Energiesystem.

Wachsendes Geschäft in Europa

Seit dem Markteintritt 2025 hat Flower sein Deutschlandgeschäft ausgebaut. 2026 erwarb das Unternehmen nach eigenen Angaben von Chint Solar ein Portfolio mit 112 MW sowie ein Projekt mit 63 MW in Sachsen-Anhalt. In Hamburg begann der Bau eines eigenen Speichers mit 10 MW und 400 MWh und ein Vorhaben im Saarland mit 10 MW erreichte die Baureife. Mit dem Energiekonzern Engie hat Flower ein virtuelles Flexibility Purchase Agreement geschlossen, das die Finanzierung von Speichern mit 126 MW sichert. Ziel für 2027 ist es, eigene Algorithmen zur Anlagenoptimierung in Deutschland einführen. (gd)

// VON GÜNTER DREWNITZKY

Diesen Artikel können Sie teilen: Zum Inhalt

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

UNTERNEHMEN



Quelle: einhundert

Einhundert Energie baut Wärmegeschäft weiter aus

CONTRACTING. Die „einhundert Energie GmbH“ baut ihr Angebot für die Wohnungswirtschaft weiter aus. Durch neue Verträge wächst das Portfolio der Kölner auf weitere 90 Wärmeprojekte.

Durch neue Rahmen- und Projektverträge mit Wohnungsunternehmen wächst das Portfolio der Einhundert Energie auf 90 vertraglich gesicherte Wärmeprojekte, die künftig rund 1.000 Haushalte mit erneuerbarer Wärme versorgen, teilte der Kölner Energiedienstleister mit. Nachdem der Contractingdienstleister Einhundert Energie Ende vergangenen Jahres Projekte bei der HHB Gruppe und der GWK Uelzen starteten, will Einhundert Energie die Installationen bei der Gewoba Nord in Schleswig-Holstein in Kürze abschllließen.

Die Immobilienunternehmen übernehmen bei diesem Contracting-Modell einen vertraglich vereinbarten Baukostenzuschuss, der nur einen Bruchteil der gesamten Anlageninvestition ausmacht, erklärt der Energiedienstleister. Den Großteil der Investition finanziert Einhundert Energie und übernimmt die Planung sowie Errichtung und tritt in den Liegenschaften als Wärmeversorger auf. Einhundert Energie will damit das Wärmepumpen-Contracting ausbauen und die Wärmeversorgung mit ihrem bestehenden Mieterstromangeboten verbinden.

Technisch setzt Einhundert Energie auf Wärmepumpenkaskaden, die den Wärmebedarf der Gebäude decken. Ein Teil des Wärmestroms stammt direkt aus den Photovoltaikanlagen vor Ort.

„Mieterstrom war für uns und unsere Kunden der Türöffner und mit dem Ausbau unseres Wärmegeschäfts vollziehen wir nun den konsequenten Schritt zum ganzheitlichen Dekarbonisierungspartner der Immobilienwirtschaft“, erklärte Ernesto Garnier, CEO von Einhundert. Einhundert Energie skaliere die Wärmewende für die Wohnungswirtschaft damit aus einer Hand. (hr) // VON HEIDI ROIDER

Zum Inhalt

WERBUNG

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten



Potsdamer Netzgesellschaft braucht neue Führung



Quelle: Shutterstock / Nep0

PERSONALIE. Der Alleingeschäftsführer der Netzgesellschaft Potsdam Andre Lehmann hört auf. Er leitet das Unternehmen seit 2021.

Bei der Netzgesellschaft Potsdam GmbH (NGP) steht ein Führungswechsel an. Geschäftsführer André Lehmann zieht sich „auf eigenen Wunsch im kommenden Jahr von der Geschäftsführung zurück“, heißt es in einer Mitteilung. Bis eine Nachfolgerin oder ein Nachfolger gefunden ist, werde der 63-Jährige die Geschäfte weiterführen, heißt es weiter. Der Wechsel soll im Laufe des Jahres 2027 erfolgen. Lehmann steht seit 2021 an der Spitze der NGP.

Mit der frühzeitigen Ankündigung wolle Lehmann „einen reibungslosen Übergang ermöglichen“. Denn auf die neue Geschäftsleitung kommen nach Unternehmensangaben umfangreiche Aufgaben zu. Dazu zählen insbesondere der Ausbau und die Digitalisierung der Stromnetze sowie die Erweiterung des Fernwärmenetzes. Die damit verbundenen Investitionen sind ein wesentlicher Bestandteil der Transformation der Energie- und Wärmeversorgung in der brandenburgischen Landeshauptstadt.

Die Netzgesellschaft Potsdam wurde 2013 gegründet und beschäftigt mehr als 200 Mitarbeiter. Sie betreibt unter anderem rund 2.000 Kilometer Strom-, 660 Kilometer Gas- und 260 Kilometer Fernwärmenetz. Muttergesellschaft ist der Versorger Energie und Wasser Potsdam GmbH (EWP). An der EWP halten wiederumg die Stadtwerke Potsdam 65 Prozent und die Eon-Gesellschaft Edis 35 Prozent. (sag)

// VON STEFAN SAGMEISTER

Zum Inhalt

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Stadtwerke Rostock und Danpower schließen Wärmeliefervertrag



Von links: Sven Schmieder, Geschäftsführer Danpower, Tanja Mark, Geschäftsführerin Danpower New Energy GmbH, Heike Witzel, Vorstand SWRAG und Oliver Brünnich, Vorstandsvorsitzender SWRAG. Quelle: Katrin Witt-Martens/SWRAG

STADTWERKE. Danpower beliefert das Fernwärmenetz der Stadtwerke Rostock künftig mit Wärme aus einer Müllverbrennungs-Anlage.

Die Stadtwerke Rostock AG (SWRAG) und die Danpower New Energy GmbH haben einen langfristigen Wärmeliefervertrag unterzeichnet, teilte Danpower am 17. November mit. Ab 2029 soll Wärme aus dem Ersatzbrennstoff-Heizkraftwerk (EBS-HKW) im Rostocker Seehafen in das Fernwärmenetz der Stadtwerke eingespeist werden.

Die Stadtwerke Rostock versorgen über ihr Fernwärmenetz rund 60 Prozent der Haushalte in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock. Die Einbindung der Wärme aus dem EBS-HKW ist Teil ihrer Strategie, die Fernwärmeversorgung schrittweise umzustellen und das Ziel einer klimaneutralen Versorgung bis 2045 zu erreichen. Im Ersatzbrennstoff-Heizkraftwerk der Danpower New Energy GmbH werden Abfälle thermisch behandelt und die dabei entstehende Energie zur Strom- und Wärmeerzeugung genutzt.

Mit einer geplanten Leistung von 30 MW sollen künftig jährlich bis zu 220 GWh Wärme bereitgestellt werden. Die Vertragslaufzeit beträgt 15 Jahre. Für die technische Umsetzung der Wärmeauskopplung investiert die Danpower New Energy GmbH rund 19,2 Millionen Euro. Die Stadtwerke bereiten parallel den Bau einer Anbindetrasse zum bestehenden Fernwärmenetz vor.

„Mit der Nutzung der im Kraftwerk entstehenden Wärme erschließen wir ein erhebliches Potenzial direkt vor unserer Haustür“, sagte Oliver Brünnich, Vorstandsvorsitzender der Stadtwerke Rostock. Die geplante Wärmeauskopplung ermögliche es Danpower, die „vorhandene Infrastruktur künftig noch stärker für die regionale Energieversorgung zu nutzen“, ergänzte Burkhard Vogel, Geschäftsführer der Danpower New Energy GmbH. (hr) // VON HEIDI ROIDER

Zum Inhalt

Netzanschluss für Großspeicher Stadorf geregelt


Visualisierung des Standortes Stadorf. Quelle: Elements Green

BATTERIEGROSSSPEICHER. Ein Batteriespeicher mit 400 MW Leistung und 1.600 MWh Kapazität soll in Niedersachsen entstehen. Elements Green hat dafür eine weitere vertragliche Voraussetzung geschaffen.

Für den geplanten Großbatteriespeicher in Stadorf im niedersächsischen Landkreis Uelzen liegen nun die wesentlichen vertraglichen Grundlagen für den Netzanschluss vor. Der Projektentwickler Elements Green hat laut einer Mitteilung vom 16. November einen entsprechenden Vertrag mit dem Übertragungsnetzbetreiber Tennet geschlossen. Bereits zuvor hatten beide Unternehmen einen Vertrag über die Errichtung des Anschlusses unterzeichnet.

Die beiden Vereinbarungen regeln den Bau und den späteren Betrieb des Netzanschlusses. Der Speicher soll direkt an das Höchstspannungsnetz angebunden werden.

Elements Green plant in Stadorf eine Anlage mit einer Leistung von 400 MW und einer Speicherkapazität

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

von 1.600 MWh. Sie soll bei voller Leistung vier Stunden lang Strom abgeben können. Damit gehört das Vorhaben zu den größeren Batteriespeicherprojekten in Deutschland.

Elements Green ist ein international tätiger Projektentwickler mit Hauptsitz in London. Das Unternehmen entwickelt und finanziert Projekte für erneuerbare Energien und Batteriespeicher. Nach eigenen Angaben will es die Anlagen auch langfristig betreiben. In Deutschland verfolgt Elements Green mehrere Großspeicherprojekte, die ebenfalls direkt an das Höchstspannungsnetz angeschlossen werden sollen.

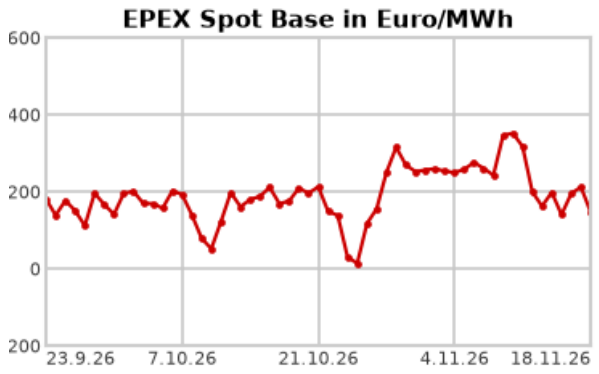
Nach Abschluss der beiden Verträge stehen in Stadorf weitere technische und wirtschaftliche Arbeiten an. Dazu gehören laut Elements Green die Detailplanung der Netzanschlussinfrastruktur und die Vorbereitung der Bauausführung. Außerdem will das Unternehmen die nächsten Schritte mit seinen Projekt- und Technologiepartnern abstimmen. Einen Termin für die Inbetriebnahme oder Angaben zur Investitionssumme nennt Elements Green in der vorliegenden Mitteilung nicht. (ds) // VON DAVINA SPOHN

Zum Inhalt

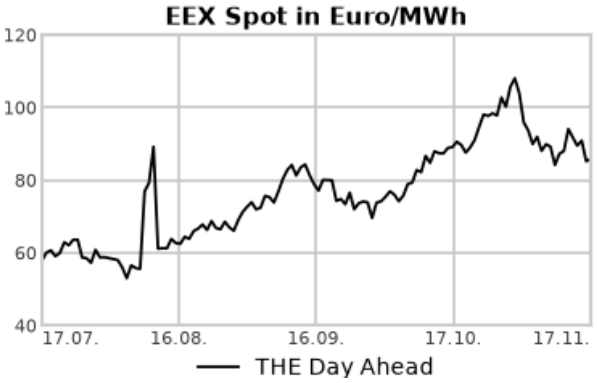
© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

MARKTBERICHTE

STROM



GAS



Mehr Wind drückt kurzfristige Strompreise



Quelle: E&M

MARKTKOMMENTAR. Wir geben Ihnen einen tagesaktuellen Überblick über die Preisentwicklungen am Strom-, CO2- und Gasmarkt.

Uneinheitlich haben sich die Energiemärkte am Dienstag präsentiert. Strom zeigte sich tendenziell fester, Gas und Rohöl legten gleichfalls zu, doch CO2 zeigte sich wenig verändert, Gasöl gab etwas nach. Insgesamt zeigte der Handel am Berichtstag nicht jene Dynamik, die das Marktgeschehen an den Vortagen so oft geprägt hatte.

Oberflächlich gesehen scheint sich das Geschehen am Persischen Golf zu beruhigen. Der US-Sender CNN berichtete indessen, dass US-Geheimdienste über neue Informationen verfügten, wonach der Iran einen Angriff auf die US-Hauptstadt Washington mit einer „schmutzigen Bombe“ oder einer Chemiewaffe plane. Die Pläne richteten sich gegen ranghohe Mitglieder von Trumps Regierung, berichtete der Sender.

Strom: Tendenziell fester hat sich der deutsche OTC-Strommarkt am Dienstag präsentiert. Der Day-ahead fiel im Base um 65,25 auf 146,50 Euro je Megawattstunde, im Peak zeigte sich der Preis mit einem Minus von 64,00 auf 159,00 Euro je Megawattstunde. An der Börse wurde die Grundlast mit 146,25 Euro und die Spitzenlast mit 158,66 Euro gesehen.

Händler begründeten den Preisrückgang von Dienstag auf Mittwoch mit den höheren Beiträgen von Wind und Solar, die für die Wochenmitte erwartet werden. Die Meteorologen von Eurowind rechnen für den Mittwoch mit 41 Gigawatt an Erneuerbaren-Einspeiseleistung in Deutschland, am Berichtstag sollen mit 28,5 Gigawatt deutlich weniger anfallen. Für die Tage danach erwartet Eurowind deutlich rückläufige Beiträge von Wind und Solar, die am Montag der neuen Woche sogar die Grenze zur Dunkelflaute erreichen dürften

Am langen Ende gewann das Stromfrontjahr 0,38 auf 145,14 Euro je Megawattstunde.

CO2: Wenig verändert haben sich die CO2-Preise am Dienstag gezeigt. Der Dec 26 gewann bis gegen 13.30 Uhr 0,01 auf 87,28 Euro je Tonne. Umgesetzt wurden bis zu diesem Zeitpunkt 13,2 Millionen Zertifikate. Das Hoch lag bei 87,92 Euro, das Tief bei 86,75 Euro.

Marktbeobachter erwarten zunächst eine Preisentwicklung für den Dec 26 in enger Bandbreite infolge von Marktfaktoren, die in unterschiedliche Richtungen weisen. So steht der Markt weiterhin unter dem Eindruck

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

der Einigung der EU-Institutionen auf höhere Zuteilungen von freien Zertifikaten als ursprünglich von der Kommission vorgeschlagen worden waren. Das niedrigere Primärmarktangebot in der laufenden Woche wirkt hingegen bullish. Die Wetterprognosen dürften sich zunächst noch bearish auf den Dec 26 auswirken. Doch ab dem Wochenende soll es bei moderatem Windaufkommen spürbar kälter werden, wobei der Wind auf östliche und nördliche Richtungen dreht.

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Erdgas: Die europäischen Erdgaspreise haben sich am Dienstag fester gezeigt. Der richtungsweisende Frontmonat am niederländischen TTF gewann bis gegen 13.28 Uhr 1,206 auf 85,206 Euro je Megawattstunde. Der Day-ahead am deutschen THE legte um 0,450 auf 85,900 Euro zu.

Damit folgte Gas den etwas befestigten Notierungen von Erdöl. Ebenso dürften die Wettervorhersagen eine Rolle gespielt haben, die ab dem kommenden Wochenende für die Temperaturen in Nordwesteuropa und Deutschland eine Abwärtstendenz auf unterdurchschnittliche Werte prognostizieren. Zuletzt hatten für europäisches Erdgas laut den Analysten der Commerzbank vor allem Rekordexporte aus den USA für spürbaren Preisdruck gesorgt, nachdem die Produktion auf ein neues Allzeithoch gesteigert wurde.

In den kommenden Monaten könnte zudem eine geringere Gasnachfrage in den USA dem europäischen Markt als zusätzliche Entlastung dienen. Ausgelöst durch das Wetterphänomen El Niño wird in den USA ein milderer Winter erwartet, was tendenziell zu weniger Heizbedarf führt und die heimische Nachfrage dämpft.
Laut dem Fernleitungsnetzbetreiber Gassco werden in der norwegischen Gasproduktion derzeit keine ungeplanten Wartungsarbeiten ausgeführt. Der Gasexport aus dem skandinavischen Land liegt für den Berichtstag bei starken 337,2 Millionen Kubikmetern. (cdg) // VON CLAUS-DETLEF GROSSMANN

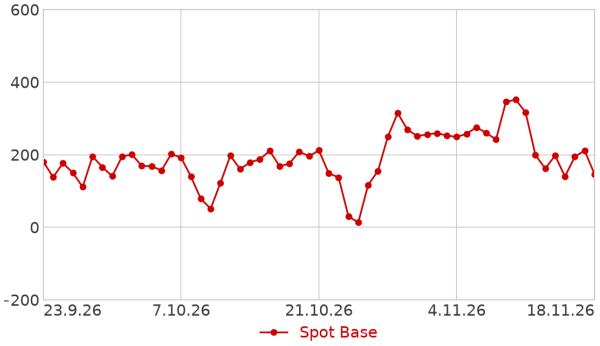
Zum Inhalt

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

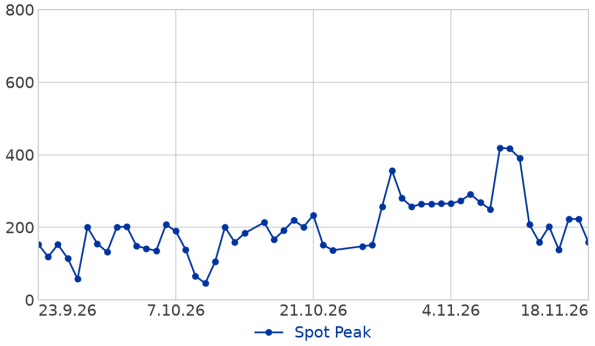
ENERGIEDATEN:

Strom Spotmarkt

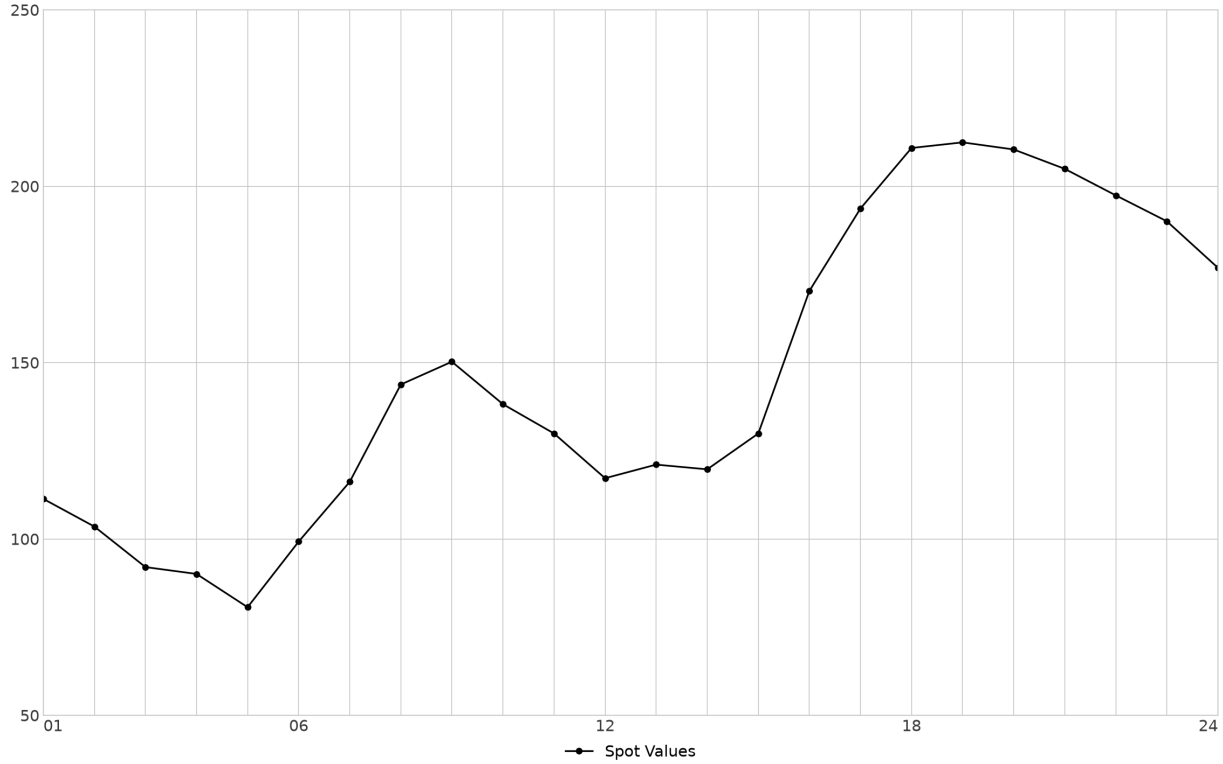
EPEX Spot Base in Euro/MWh (EEX)



EPEX Spot Peak in Euro/MWh (EEX)



EPEX Spot Stundenverlauf in Euro/MWh (EEX)



© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Strom Terminmarkt

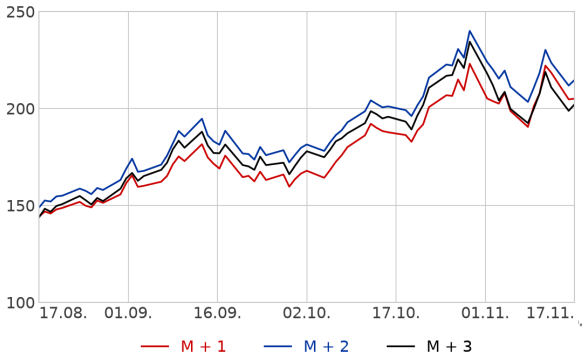
Terminmarktpreise Base in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	17.11.26	German Power Dec-2026	205,04
M2	17.11.26	German Power Jan-2027	214,69
M3	17.11.26	German Power Feb-2027	202,12
Q1	17.11.26	German Power Q1-2027	190,47
Q2	17.11.26	German Power Q2-2027	120,52
Q3	17.11.26	German Power Q3-2027	129,17
Y1	17.11.26	German Power Cal-2027	145,46
Y2	17.11.26	German Power Cal-2028	102,33
Y3	17.11.26	German Power Cal-2029	88,71

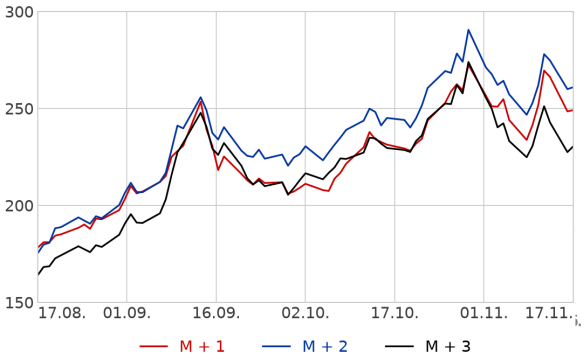
Terminmarktpreise Peak in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	17.11.26	German Power Dec-2026	249,12
M2	17.11.26	German Power Jan-2027	260,97
M3	17.11.26	German Power Feb-2027	230,46
Q1	17.11.26	German Power Q1-2027	215,02
Q2	17.11.26	German Power Q2-2027	99,82
Q3	17.11.26	German Power Q3-2027	118,13
Y1	17.11.26	German Power Cal-2027	152,92
Y2	17.11.26	German Power Cal-2028	112,53
Y3	17.11.26	German Power Cal-2029	98,83

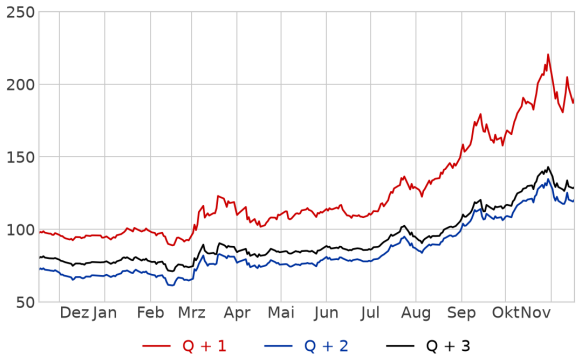
Frontmonate Base in Euro/MWh (EEX)



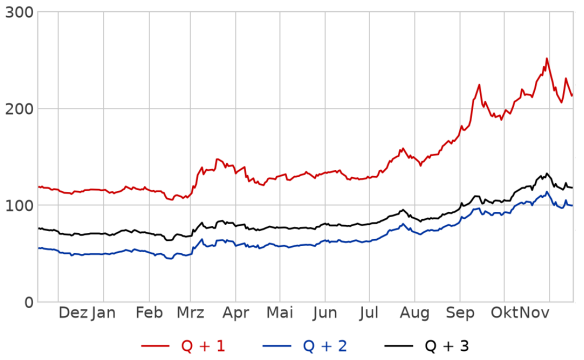
Frontmonate Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontquartale Base in Euro/MWh (EEX)



Frontquartale Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Base in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Peak in Euro/MWh (EEX)



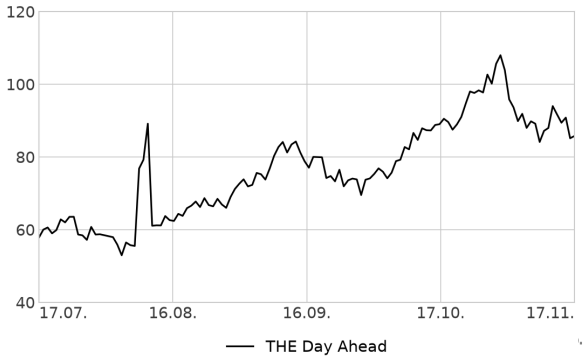
© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Gas Spot- und Terminmarkt

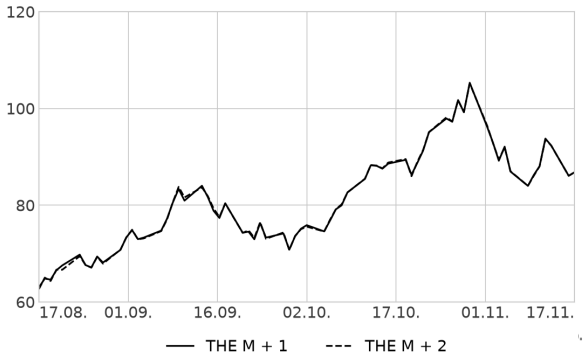
Terminmarktpreise THE in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	17.11.26	German THE Gas Dec-2026	86,81
M2	17.11.26	German THE Gas Jan-2027	86,79
Q1	17.11.26	German THE Gas Q1-2027	85,64
Q2	17.11.26	German THE Gas Q2-2027	68,84
S1	17.11.26	German THE Gas Sum-2027	66,53
S2	17.11.26	German THE Gas Win-2027	60,39
Y1	17.11.26	German THE Gas Cal-2027	70,21
Y2	17.11.26	German THE Gas Cal-2028	42,23

EEX Spot in Euro/MWh



Frontmonate THE in Euro/MWh (EEX)



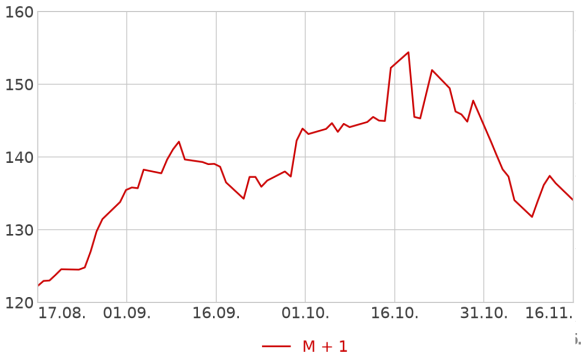
Frontjahre THE in Euro/MWh (EEX)



Strom, CO2, und Kohle

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
Germany Spot base	17.11.26	146,25	EUR/MWh
Germany Spot peak	17.11.26	158,66	EUR/MWh
EUA Dezember 2026	17.11.26	87,36	EUR/tonne
Coal API2 Dezember 2026	16.11.26	134,05	USD/tonne

Frontmonat Kohle API2 in USD/t (ICE)



Gas und Öl

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
German THE Gas Day Ahead	17.11.26	85,77	EUR/MWh
German THE Gas Dec-2026	17.11.26	86,81	EUR/MWh
German THE Gas Cal-2027	17.11.26	70,21	EUR/MWh
Crude Oil Brent Jan-2027	17.11.26	93,14	USD/bbl

EUA in Euro/t (EEX)



© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

E&M STELLENANZEIGEN

Sachbearbeiter (m/w/d) Logistik und Bestände

Sachbearbeiter (m/w/d) im Bereich Logistik und Bestände beim Erdölbevorratungsverband in Hambur...

in Hamburg

10.11.2026

Angestellter · Festanstellung · Betr. Altersvorsorge / Flexible Arbeitszeit

Professur W 2 Gebäudeenergiesysteme und -automation

Gesucht wird eine Persönlichkeit, die das Fachgebiet in Lehre, angewandter Forschung und Entwicklu...

in Amberg

05.11.2026

Festanstellung

Sachgebietsleiter:in (w/m/d) Ökologie und Landschaftsplanung

Stadtplanungsamt Ein guter Plan ist das Fundament nachhaltiger Entwicklung. Darum suchen wir Sie ...

in frankfurt am main

vor 6 h

Freie Mitarbeit

Gesucht: Pflegefachperson (m/w/d) für die gastroenterologische Station

Wir suchen zum ab sofort in Voll- oder Teilzeit für unser Klinikum in Winnenden eine Pflegefachperson...

in Winnenden

vor 6 h

Weiterbildung / Kantine

Traktorfahrer im GaLaBau - Dortmund (m/w/d)

Traktorfahrer im GaLaBau - Dortmund (m/w/d) Deine Aufgaben Du führst einen Großtraktor/Schlepper...

in Dortmund (+1 weiterer Standort)

vor 6 h

WEITERE STELLEN GESUCHT? HIER GEHT ES ZUM E&M STELLENMARKT

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

IHRE E&M REDAKTION:

Stefan Sagmeister (Chefredakteur, CVD print, Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Energiehandel, Finanzierung, Consulting

Fritz Wilhelm (stellvertretender Chefredakteur, Büro Frankfurt)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung

Davina Spohn (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: IT, Solar, Elektromobilität

Georg Eble (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Windkraft, Vermarktung von EE

Günter Drewnitzky (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Erdgas, Biogas, Stadtwerke

Heidi Roider (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: KWK, Geothermie

Susanne Harmsen (Büro Berlin)
Schwerpunkte: Energiepolitik, Regulierung

Katia Meyer-Tien (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung, Stadtwerke

Korrespondent Brüssel: **Tom Weingärnter**
Korrespondent Wien: **Klaus Fischer**
Korrespondent Zürich: **Marc Gusewski**
Korrespondenten-Kontakt: **Kerstin Bergen**

Darüber hinaus unterstützt eine Reihe von freien Journalisten die E&M Redaktion.
Vielen Dank dafür!

Zudem nutzen wir Material der Deutschen Presseagentur und Daten von MBI Infosource.

Ständige freie Mitarbeiter:
Volker Stephan
Manfred Fischer
Mitarbeiter-Kontakt: **Kerstin Bergen**

Über E&M
E&M Anzeigen-Vertrieb
E&M Mediadaten
E&M Zeitung
E&M Termine
E&M Shop
E&M Firmendatenbank
E&M Glossar

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

IMPRESSUM

Energie & Management Verlagsgesellschaft mbH
Mühlfelder Str. 18 a - D-82211 Herrsching
Tel. +49 (0) 81 52/93 11 0 - Fax +49 (0) 81 52/93 11 22
info@emvg.de - www.energie-und-management.de

Geschäftsführer: Martin Brückner
Registergericht: Amtsgericht München
Registernummer: HRB 105 345
Steuer-Nr.: 117 125 51226
Umsatzsteuer-ID-Nr.: DE 162 448 530

Wichtiger Hinweis: Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass die elektronisch zugesandte E&M daily nur von der/den Person/en gelesen und genutzt werden darf, die im powernews-Abonnementvertrag genannt ist/sind, bzw. ein Probeabonnement von E&M powernews hat/haben. Die Publikation - elektronisch oder gedruckt - ganz oder teilweise weiterzuleiten, zu verbreiten, Dritten zugänglich zu machen, zu vervielfältigen, zu bearbeiten oder zu übersetzen oder in irgendeiner Form zu publizieren, ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung durch die Energie & Management GmbH zulässig. Zuwiderhandlungen werden rechtlich verfolgt.

© 2026 by Energie & Management GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Gerne bieten wir Ihnen bei einem Nutzungs-Interesse mehrerer Personen attraktive Unternehmens-Pakete an!

Folgen Sie E&M auf: